



Höchste Aufmerksamkeit und größte Skepsis

In gemeinsamer Erklärung fordern die LINKE-Fraktionen Stopp der TTIP-Verhandlungen

Die Fraktionen der LINKEN im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament fordern den Stopp der gegenwärtigen Verhandlungen über ein Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA. Zugleich wollen sie verhindern, dass das Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada (CETA), das die Blaupause für das TTIP ist, ratifiziert wird. In einer gemeinsamen Erklärung vom 25. April heißt es weiter:

Die Verhandlungen zwischen der EU und den USA zur Transatlantischen Freihandels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) sind entgegen den Forderungen des Europäischen Parlaments nach maximaler Transparenz von beiden Verhandlungsparteien als geheim eingestuft worden, um - wie es heißt - „den Verhandlungserfolg nicht zu gefährden“. Die praktischen Folgen bisheriger Freihandelsabkommen veranlassen zivilgesellschaftliche und andere Akteure in aller Welt, darunter auch die deutsche LINKE, zu höchster Aufmerksamkeit und größter Skepsis.

Politik würde sich in zentralen Feldern selbst entmachten

Die Gefahr ist groß, dass das TTIP weitreichende und irreversible Folgen für die EU, ihre Mitgliedstaaten, die Bundesländer (Regionen) und die Kommunen haben wird: nicht nur für das Wettbewerbs- und Unternehmensrecht in der EU, sondern vor allem auch für Bereiche wie das Sozial- und Arbeitsrecht, den Verbraucherschutz oder den Schutz von Natur und Umwelt.

Die gegenseitige Anerkennung bestehender Regeln und die Angleichung künftiger Gesetzgebung ohne klare Festlegung, wie die unterschiedlichen, oftmals nicht kompatiblen Regelungen der EU und der USA unter Einhaltung demokratischer Festlegungs- und Kontrollmöglichkeiten denn umgesetzt werden sollen, birgt erhebliche Risiken. Sie stellt eine Gefahr für das in der EU bisher erreichte Schutzniveau in vielen für die Bürgerinnen und Bürger bedeutsamen Bereichen dar.

Wir lehnen ein Abkommen ab, das die Schaffung eines übergeordneten ständigen Rates für die Regulatorische Kooperation (Regulatory Cooperation Council) vorsieht. In Europa gilt das Prinzip, dass derjenige, der ein Produkt zulassen will, nachweisen muss, dass es für Verbraucher unschädlich ist. In

den USA ist es anders herum - da müssen Verbraucher nachweisen, dass ein Produkt schädlich ist. Die EU-Kommission will das bisher in der EU gültige Prinzip mit dem TTIP aufgeben. Die Politik würde sich damit in zentralen Politikfeldern der Normen- und Standardsetzung selbst entmachten und die Verbraucherinnen und Verbraucher erheblichen Risiken aussetzen.

Wir lehnen ein Abkommen ab, das die Entscheidungs-, Organisations- und Selbstverwaltungshoheit der Parlamente der EU-Mitgliedstaaten, von Ländern (Regionen) und Kommunen, wie sie durch das Subsidiaritätsprinzip in der Europäischen Union gesichert ist, direkt oder indirekt einschränkt.

Die Parlamente und Selbstverwaltungskörperschaften müssen ihre Rechte im Rahmen der Rechtsordnung des jeweiligen Mitgliedstaates auch in Zukunft wahrnehmen können. Wir unterstützen die Bemühungen der kommunalen Spitzenverbände, darunter des Städte- und Gemeindebundes



Brandenburg, zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge und weiterer öffentlicher Dienstleistungen und zur Sicherung ihrer Rechte im öffentlichen Beschaffungswesen.

Wir lehnen ein Abkommen ab, in dem private Investoren einen Mitgliedstaat bei Gewinneinbußen auf Schadenersatz verklagen können, und zwar nicht vor ordentlichen Gerichten, sondern vor privaten Schiedsgerichten; die Verhandlungen vor diesen Gerichten sollen nicht öffentlich erfolgen und die Beschlüsse nicht anfechtbar sein. Die Rechtsprechung wird somit privatisiert, Steuerzahlerinnen und Steuerzahler werden für die Gewinne der Investoren in Haftung genommen.

Wir lehnen ein Abkommen ab, das die in der EU geltenden Standards im Bereich des Sozial- und Arbeitsrechts, des Verbraucher-, Natur- und Umweltschutzes, des Schutzes persönlicher Daten sowie des Wettbewerbs- und Unternehmensrechts zur Disposition stellt und ggf. preisgibt. Wir bestehen auf der Einhaltung der „acquis communautaire“ (Gemeinsamer Besitzstand)

der EU, z. B. für die Produktsicherheit, den Umweltschutz, den Gesundheits- und Tierschutz als auch von internationalen Verpflichtungen, wie zum Beispiel der Normen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Wir lehnen ein Abkommen ab, das den besonderen Charakter von Gütern und Leistungen im Kulturbereich missachtet.

Die Bereiche Kultur und audiovisuelle Medien müssen aus dem Abkommen ausgeschlossen bleiben. Kultur darf nicht zu einer reinen Handelsware werden, die allein den Gesetzen des Marktes unterliegt. Das betrifft auch alle grundgesetzwidrigen Leistungen im Gesundheitswesen sowie im Bildungsbereich.

Vollständige und rückhaltlose Information der Öffentlichkeit

Wir lehnen ein Abkommen ab, bei dem nicht in allen Verhandlungsabschnitten die vollständige und rückhaltlose Information der Öffentlichkeit hergestellt und gesichert ist. Die gegenwärtig praktizierte Beschränkung der Information von Abgeordneten auf die dienstliche Verwendung nehmen wir nicht hin. Die EU muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass jede Bürgerin und jeder Bürger sich ihre/seine Meinung über das Abkommen eigenständig bilden kann. Die bei der EU-Kommission eingerichtete Beratergruppe muss verbindlich vor jeder Verhandlungsrunde in die Erarbeitung der Verhandlungspapiere eingebunden werden. Die Mitglieder müssen Rückkopplungsmöglichkeiten in ihre eigenen Strukturen haben und berechtigt sein, Transparenz zu den erörterten Fragestellungen herstellen zu können.

Die Fraktionen der LINKEN im Bundestag und in den Landesparlamenten sowie die Delegation der LINKEN im Europäischen Parlament werden gemeinsam alle ihnen parlamentarisch und außerparlamentarisch zur Verfügung stehenden Rechte und Möglichkeiten nutzen, um ihre politischen Forderungen zu den Verhandlungen über das TTIP durchzusetzen. Wir werden uns mit den Kritikerinnen und Kritikern in Deutschland, in den Nachbarstaaten der Bundesrepublik, in der EU und den USA vernetzen, austauschen und gemeinsam politisch agieren.

Der Erklärung sind ausführliche Erläuterungen zum Hintergrund des Transatlantischen Freihandels- und Investitionsabkommens beigelegt. Siehe auch Internetseite der Linksfraktion im Thüringer Landtag: www.die-linke-thl.de

KOMMENTIERT:

von Sabine Berninger

Offenbarungseid

Ich habe die Landesregierung aufgefordert, im Rahmen ihrer bundespolitischen Aktivitäten einen Gesetzesvorstoß der Bundesregierung zurückzuweisen, nach dem Serbien, Mazedonien sowie Bosnien und Herzegowina zu sicheren Drittstaaten erklärt werden sollen. Die existenziell bedrohliche Lebenssituation der Roma in diesen Ländern kann man nicht per Gesetz in Deutschland beseitigen.

Es ist zynisch und eine Missachtung der unfreiwilligen Entscheidung tausender Roma, vor entwürdigenden und insbesondere in den Wintermonaten lebensbedrohlichen Lebensbedingungen zu fliehen, wenn die Bundesregierung einem Fünftel der im Jahr 2013 nach Deutschland geflohenen Menschen per Beschluss die Legitimation zur Flucht absprechen will. Angesichts einer um mehr als 20 Jahre geringeren Lebenserwartung für Roma-Frauen in Serbien ein zutiefst inhumaner Akt, der zudem die aktuelle Rechtsprechung missachtet und zu unterlaufen versucht.

Ich verweise in diesem Zusammenhang auf ein Urteil des Verwaltungsgerichts Stuttgart, das zwei Roma aus Serbien als Flüchtlinge anerkannt hat. Es machte deutlich, dass Roma dort extrem benachteiligt werden und gezwungen sind, am Rande der Gesellschaft zu leben. So biete Serbien den Roma keinen hinreichenden Schutz gegen die häufiger werdenden Übergriffe von Dritten. Als ausschlaggebend bezeichnete das Gericht die Beschränkung der Freizügigkeit und Menschenrechte der Roma in Serbien. Daher liege eine Verfolgungshandlung vor.

Es ist bezeichnend, wenn die Bundesregierung versucht, Flüchtlinge aus der Bundesrepublik fernzuhalten oder so schnell wie nur irgend möglich wieder abschieben, das Bundesverfassungsgerichtsurteil zur Gewährung eines menschenwürdigen Existenzminimums für Flüchtlinge aus dem Jahr 2012 aber bis heute nicht gesetzlich umgesetzt wird.

Und es ist ein Offenbarungseid, wenn angesichts der neuerlichen Hetze gegen Roma und der rassistischen „Das Boot ist voll“-Plakate der NPD diese Bundesregierung nichts anderes zu tun hat, als gesetzlich umzusetzen, was die neonazistische Partei rassistisch motiviert und angetrieben vom Hass gegenüber Nicht-Deutschen auf Plakaten im Europawahlkampf propagiert.